

HWWI PROGNOSEN

Konjunkturprognose Deutschland Winter 2023

Michael Berlemann | Jörg Hinze



HWWI Hamburgisches
WeltWirtschaftsinstitut

HWWI PROGNOSE NR. 4/2023

Autoren:

MICHAEL BERLEMANN (Berlemann@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo
Institut für Wirtschaftsforschung

JÖRG HINZE (Hinze@hwwi.org)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen

Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann

Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß

Oberhafenstr. 1 | 20097 Hamburg | Deutschland

Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150

info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | Dezember 2023

Eingetrübte Wachstumsperspektiven für 2024/25

Michael Berlemann^{1,2} und Jörg Hinze¹

¹Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Oberhafenstraße 1, 20097 Hamburg, Deutschland.

Email: info@hwwi.org

²Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) rechnet für 2023 bei anhaltender Schwäche im Schlussquartal mit einem Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,3 %. Die nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zu erwartenden Einsparungen im Staatshaushalt dürften die reale Erholung im kommenden Jahr bremsen. Für 2024 wird deshalb nur mehr ein Wirtschaftswachstum von 0,5 % erwartet. Erst 2025 ist - ohne weitere Rückschläge - wieder mit einer etwas deutlicheren Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um 1 % zu rechnen. Die Inflation hat sich in diesem Jahr deutlich verringert, von mehr als 8 % zu Jahresbeginn auf zuletzt 3,2 %. Die merklich steigenden Arbeitskosten werden allerdings den weiteren Disinflationsprozess bremsen. Für den Lebenshaltungskostenindex wird nach einer Inflationsrate von durchschnittlich 6 % in diesem Jahr für 2024 nunmehr eine in Höhe von 2 ¾ % erwartet. Erst im Verlauf von 2025 wird sie sich wieder der 2-Prozent-Marke nähern. Bei alledem wird davon ausgegangen, dass der Nahostkonflikt und andere geopolitische Krisen nicht weiter eskalieren. Ansonsten müsste, zumal angesichts der momentan relativ schwachen Weltwirtschaft, mit einer globalen Wirtschaftskrise ähnlich wie in früheren vergleichbaren Phasen gerechnet werden.

Deutsche Wirtschaft seit vier Jahren überwiegend im Krisenmodus

Die deutsche Wirtschaft bewegt sich seit fast vier Jahren in einem nahezu andauernden Krisenmodus. Nach dem Coronaausbruch Anfang 2020 mit anschließendem Lockdown folgte im Winter 2020/21 die 2. Coronawelle mit erneuten Lockdowns bis Mai 2021. Nach kurzzeitiger Erholung brach dann im Februar 2022 der Ukrainekrieg mit folgender kräftiger Energieverteuerung aus, seit Oktober dieses Jahres der Nahostkonflikt und zuletzt die Haushaltskrise. Diese Krisen lösten teils erhebliche Preissteigerungen aus. Im 3. Quartal dieses Jahres lag das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt nur wenig (0,3 %) über dem Niveau des 4. Quartals 2019. Nach wie vor merklich niedriger (-2,3 %) als vor 4 Jahren ist der reale private Konsum, als Folge des Kaufkraftverlusts in den vergangenen drei Jahren um fast 20 %. Aber auch Bau-, Ausrüstungs- und sonstige Anlageinvestitionen liegen noch unter Vor-Corona-Niveau. Die realen Exporte sind zwar wieder leicht über Vor-Corona-Niveau, doch die Importe haben sich etwas stärker erhöht, so dass auch hier im Zeitvergleich der Wachstumsbeitrag insgesamt negativ ist. Allein der Konsum des Staates (zuletzt immer noch +5,9 % gegenüber dem 4. Quartal 2019), und hier die umfangreichen krisenbedingte Ausgaben, hat zu dem - geringen - Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Ende 2019 verholfen. Doch die krisenbedingten Staatsausgaben laufen mehr und mehr aus, und in die Zukunft gerichtete Programme, wie der Klima- und Transformationsfonds, sind durch die durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil ausgelöste Haushaltskrise gefährdet. All dies geschieht zudem in

HWWI Prognosen

Ansprechpartner
Jörg Hinze

Editiert von
Michael Berlemann

einem Moment, in der sich die deutsche Wirtschaft in einer ausgeprägten Wachstumsschwäche befindet.

Auch wenn der aktuelle Nahostkonflikt begrenzt bliebe, so haben Krisen in dieser Region in der Regel doch mittelbare Auswirkungen, nicht zuletzt über die Ölpreise. Nach zwischenzeitlichem Anstieg haben sich die Weltmarktpreise für Öl zwar wieder etwas beruhigt. Doch letztlich sorgen derartige Konflikte für zusätzliche Verunsicherung in einer geopolitisch ohnehin instabilen Zeit.

2023: Weitgehend Stagnation

Mehr und mehr zur Konjunkturbremse hatte sich in diesem Jahr zudem die restriktive Geldpolitik der wichtigsten Zentralbanken - auch der Europäischen Zentralbank (EZB) - entwickelt. Nach den jüngst revidierten Daten des Statistischen Bundesamts hat das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt seit Jahresbeginn 2023 etwa stagniert – eine angesichts der für dieses Jahr recht ungünstigen Rahmenbedingungen relativ positive Entwicklung. Auch hat sich der Inflationsdruck deutlich vermindert – von mehr als 8 % zu Jahresbeginn auf zuletzt 3,2 %. Die Hoffnungen auf eine baldige Zinswende dürften aber durch den Ausbruch des Nahostkonflikts und die deutlich steigenden Arbeitskosten verfrüht sein. Die Notenbanken dürften zunächst abwarten, ob sich die Entwicklung in Nahost weiter verschärft, und dies gegebenenfalls die Ölpreise und dann die Inflationsraten treibt. Zumindest haben sowohl die amerikanische Zentralbank, die FED, als auch die EZB angesichts merklich gesunkener Inflationsraten und weiter bestehender Rezessionsorgen eine „Zinspause“ eingelegt.

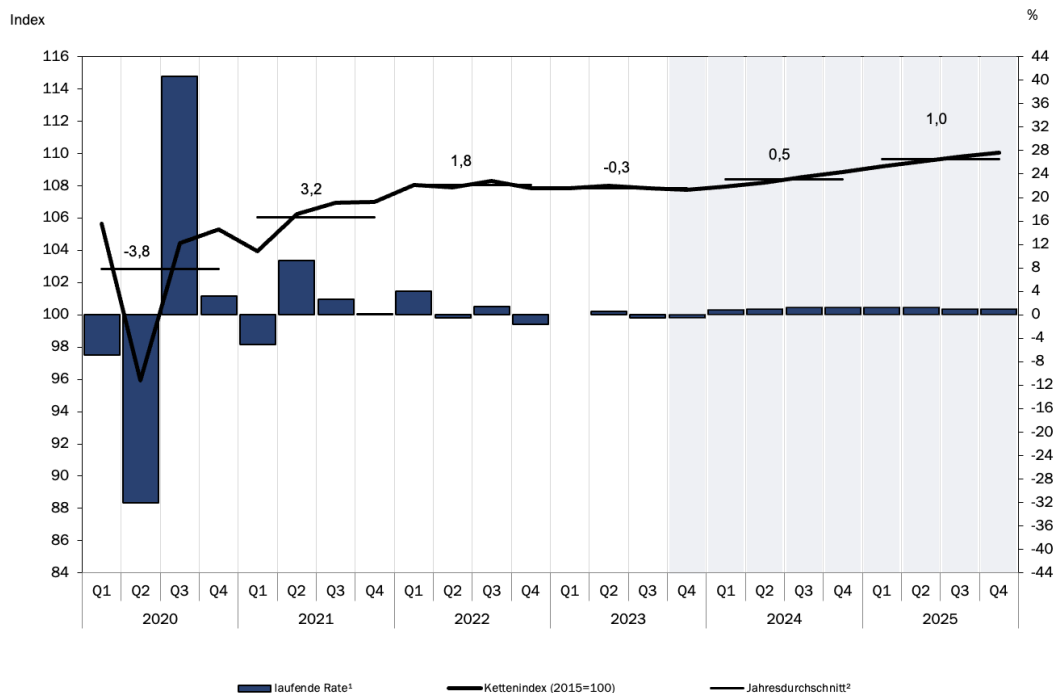
Die Situation am Arbeitsmarkt war trotz der Stagnationstendenzen recht stabil. Insgesamt wurde die Beschäftigung zumindest in der ersten Jahreshälfte noch ausgeweitet. Beschäftigungsprobleme wurden durch Abbau von Überstunden und Kurzarbeit sowie Reduzierung des Stellenangebots aufgefangen. Der – relativ geringe – Anstieg der Arbeitslosigkeit resultiert aus einem Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen, auch aus Zuwanderung.

Neueste Verunsicherung ist durch die Haushaltskrise des Bundes aufgekommen. Das Bundesverfassungsgericht hat die „Verschiebung“ von 60 Mrd. Euro ursprünglicher Coronahilfen in den Klima- und Transformationsfond für rechtswidrig erklärt. Und auch andere Maßnahmen, wie der Wirtschaftsstabilisierungsfonds, sind in Frage gestellt und sollen bereits zum Jahresende auslaufen. Ein Ausfall all dieser Maßnahmen hätte vermutlich negative Auswirkungen auf den Wachstums- und Transformationsprozess in Deutschland. Das Potenzialwachstum würde weiter gedämpft, die Klimaziele wären ohne weitere Maßnahmen kaum erreichbar. Hier wird davon ausgegangen, dass es zu einem Kompromiss aus teilweisen Ausgabenkürzungen und „Lockerungen“ der Schuldenbremse, die eine weitgehende Weiterverfolgung der geplanten Klima- und Transformationsziele ermöglichen, kommt. Ausgabenkürzungen dürften aber das Wachstum im kommenden und übernächsten Jahr zumindest etwas dämpfen.

Konjunkturerholung auf nächstes Jahr verschoben

Aktuell überwiegen noch die Bremseffekte, nicht zuletzt infolge der restriktiven Geldpolitik. Die Grundstimmung, sowohl bei Unternehmen wie bei Konsumenten, ist noch weitgehend gedämpft, auch wenn sich einzelne Erwartungsindikatoren zu bessern beginnen. Von daher ist für das Schlussquartal dieses Jahres zunächst noch mit einer schwachen Entwicklung zu rechnen, zumal die Verbraucherstimmung - von der die wichtigsten Impulse für eine Konjunkturerholung erwartet werden - momentan noch gedrückt ist. Die zuletzt deutlicheren Einkommenssteigerungen dank höherer Tarifabschlüsse und Inflationsausgleichsprämien sowie gestiegenen Renten fließen vielfach in die Ersparnis. Offenbar müssen die privaten Haushalte erst einmal deutlichere Realeinkommensgewinne realisieren, um die aktuellen Unsicherheiten zu überwinden. Aber auch von anderer Seite kommen negative Impulse. Die Bauwirtschaft gleitet angesichts der gestiegenen Zinsen mehr und

mehr in die Krise; Baugenehmigungen und -aufträge sinken deutlich. Die Weltwirtschaft zeigt wenig Dynamik; die deutschen Exporte sind rückläufig. Die Unternehmensinvestitionen sind insgesamt relativ stabil; das sind teils auch Investitionen für den erforderlichen Transformationsprozess, vielfach aber „lediglich“ Investitionen in Fahrzeuge. Insgesamt liegen die Ausrüstungsinvestitionen aber noch unter Vor-Corona-Niveau. Alles in allem ist im 4. Quartal für das reale Bruttoinlandsprodukt wohl günstigstenfalls weiter mit Stagnation, möglicherweise nochmals mit einem geringfügigen Rückgang zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt 2023 wird das reale Bruttoinlandsprodukt aber vor allem wegen eines negativen Überhangs aus dem Vorjahr (im 4. Quartal 2022 war das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,4 % gesunken) und wegen eines negativen Kalendereffekts (2 Arbeitstage weniger als 2022) um 0,3 % sinken.



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet, rechte Skala.
 2) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 4. Quartal 2023 Prognose des HWWI.

Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

2024: Überwindung der Konsumflaute, aber Kürzungen beim Staat

Die Inflationsrate hat sich merklich verringert, von noch mehr als 8 % zu Jahresbeginn auf 3,2 % im November. Damit liegt sie zwar noch über dem Stabilitätsziel von 2 % und angesichts des inländischen Preisdrucks durch die nun höheren Lohnabschlüsse und der wohl auf höherem Niveau verharrenden Energiepreise wird der weitere Disinflationsprozess nun nur noch langsam vorankommen. Dies wird die EZB davon abhalten, schnell die Leitzinsen wieder zu senken. Ohne neue Preisanstöße besteht aber auch keine Veranlassung, die Zinsen weiter zu erhöhen – der Restriktionsgrad sollte sich daher von dieser Seite nicht weiter verstärken. Im späteren Jahresverlauf von 2024 sollten sich bei weiter nachlassender Inflation wieder Zinssenkungsspielräume eröffnen.

Der Rückgang der Inflationsrate hat gleichwohl mehr und mehr positive Effekte. Die diesjährigen Lohnabschlüsse und die Rentenerhöhungen zur Jahresmitte lagen über der aktuellen Inflationsrate, und die Lohnabschlüsse der nächsten Zeit dürften ebenfalls darüber liegen. Viele Beschäftigte haben

zudem durch die steuerfreie Inflationsausgleichsprämie ihre Nettoeinkommen deutlich erhöht. Die Verbraucher gewinnen damit zunehmend, auch in der Breite, an Kaufkraft zurück. Der private Konsum, der mehr als 50 % Anteil am realen Bruttoinlandsprodukt hat, dürfte daher im nächsten Jahr wieder steigen und zur wichtigsten konjunkturellen Stütze werden. Die stärker zunehmenden Einkommen und nicht weiter steigende, im Verlauf von 2024 eher wieder sinkende Zinsen stabilisieren aber auch die private Baunachfrage, wenn auch auf niedrigerem Niveau. Der Rückgang der Bautätigkeit, insbesondere im Wohnungsbau, sollte im kommenden Jahr allmählich auslaufen. Eine auch weltweit nachlassende Inflation wird eine globale Konjunkturerholung ermöglichen, von der wiederum auch die exportabhängige deutsche Wirtschaft profitieren wird. Die insgesamt steigende private Nachfrage sollte die Investitionsneigung der Unternehmen stützen. Von staatlicher Seite gibt es jedoch neue gegenläufige Effekte, die die Stimmungslage hinsichtlich der Investitionsbedingungen weiter dämpfen. Auf Seiten des staatlichen Konsums fallen mehr und mehr der krisenbedingten Hilfsmaßnahmen aus den Vorjahren weg. Hinzu kommt, dass das Verfassungsgerichtsurteil zu Ausgabenkürzungen zwingt, d.h. der Staat wird nun zur Konjunkturbremse. Die verringerten Fördermöglichkeiten durch den Staat, insbesondere die nun fehlenden Mittel im Klima- und Transformationsfonds (60 Mrd. Euro), dürften sich in den davon betroffenen Bereichen auch dämpfend auf die Investitionsneigung der Unternehmen auswirken und Standortüberlegungen verstärken. Einzelne angekündigte Großinvestitionen, wie im Halbleiterbereich, die durch hohe Subventionen gefördert werden sollten, stehen im Moment wieder zur Disposition.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden also auch im Jahr 2024 schwierig bleiben. Alles in allem sollten im kommenden Jahr allerdings nach und nach die Auftriebskräfte die Brems-effekte überwiegen. So wird weiterhin im Laufe des Jahres 2024 mit einer moderaten Erholung gerechnet, wenn nun auch mit geringerer Dynamik als vor Nahostkonflikt und Haushaltskrise. Wegen des gedrückten Ausgangsniveaus wird im Jahresdurchschnitt nun eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um lediglich ½ % erwartet.

Der Rückgang der Inflationsrate, gemessen am Lebenshaltungskostenindex, wird im Jahr 2024 weniger langsam vorankommen. Zwar sind die Preise auf den vorgelagerten Stufen - Einfuhrpreise, gewerbliche sowie landwirtschaftliche Erzeugerpreise - in den letzten Monaten mit zweistelligen Raten gesunken, doch gab es bereits in diesem Jahr ziemlich kräftige Lohnerhöhungen und diese Tendenzen werden auch in 2024 hineinreichen. Der Lohnkostendruck hat sich dadurch merklich erhöht und wird auch erst mit weiter sinkender Inflation und dann wieder moderateren Tarifabschlüssen nachlassen. Während sich die Entwicklung bei den Nahrungsmittelpreisen tendenziell eher weiter beruhigt, werden die Dienstleistungspreise überwiegend weiter deutlich steigen. Eine Prämisse ist, dass keine neuen größeren Inflationsanstöße, etwa bei Verschärfung des Nahostkonflikts seitens der Energiepreise, eintreten. Hier wird davon ausgegangen, dass die Ölpreise dadurch nur wenig höher sein werden. Insgesamt dürfte die Anstiegsrate der Verbraucherpreise in der ersten Jahreshälfte bei 3 % liegen und sich in der zweiten Jahreshälfte 2 ½ % nähern.

Die schwache Wirtschaftsentwicklung spiegelt sich auch in der verringerten Nachfragedynamik seitens der Unternehmen nach Arbeitskräften wider. Die Beschäftigung hat bereits seit letztem Frühsommer nicht mehr zugenommen. Es wird versucht, Fachkräfte zu halten. Die Zahl der Erwerbstätigen wird demnach auch in den letzten Monaten dieses Jahres kaum sinken. Lediglich neu auf den Arbeitsmarkt kommende haben Probleme, eine Beschäftigung zu finden, zumal Mindestlohnerhöhungen und die Anhebung der Lohngrenze für geringfügig Beschäftigte den Zugang für Geringqualifizierte erschweren. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte 2024 lediglich wegen der zunehmenden Erwerbspersonenzahl steigen.

2025: Weiterhin nur geringe Wachstumsdynamik

Die mittelfristigen Rahmenbedingungen haben sich aufgrund der geopolitischen Veränderungen und der Haushaltskrise hierzulande eingetrübt. Die Potenzialschätzungen für die kommenden

Jahre haben sich vermindert. Die Bedingungen für privaten Konsum, Baunachfrage, Unternehmensinvestitionen und deutsche Exporte dürften sich im Laufe von 2024 und dann auch 2025 tendenziell leicht verbessern, insgesamt wird sich daraus aber nur eine – gemessen an früheren Aufschwungsphasen – relativ geringe konjunkturelle Dynamik entwickeln. Entsprechend hoch ist das Risiko, dass bei unvorhergesehenen Ereignissen wieder rezessive Entwicklungen eintreten. Bei einer im Laufe von 2025 weiter nachlassenden Inflation wird der private Konsum weiter wichtigste Konjunkturstütze bleiben. Die Unternehmensinvestitionen werden moderat ausgeweitet. Die Bautätigkeit wird sich mehr und mehr stabilisieren. Die Exporte erholen sich langsam, aber wohl kaum stärker als die Importe, so dass der gesamtwirtschaftliche Impuls seitens des Außenhandels gering ist. Die Möglichkeiten seitens des Staates, Impulse für das Wirtschaftswachstum in Deutschland zu geben, erscheinen momentan durch die Haushaltskrise begrenzt.

Unter diesen Bedingungen ist im Jahresdurchschnitt 2025 ein Wirtschaftswachstum von 1 % möglich. Die Inflationsrate kann sich zum Jahresende auf 2 % reduzieren. Am Arbeitsmarkt ist wieder mit vermehrten Einstellungen zu rechnen, aufgrund des aktuell gehaltenen Beschäftigungsstandes und des Fachkräftemangels aber nicht im gleichen Tempo wie die allgemeine Wirtschaftsentwicklung.

Besonders unruhige Zeiten erhöhen Prognoserisiken

Die vergangenen vier Jahre, und zuletzt der Nahostkonflikt und die Haushaltskrise, haben gezeigt, dass unvorhersehbare Ereignisse häufiger eintreten können als zunächst erwartet. Geopolitische Spannungen bergen stets reale und nominale Gefahren für die Weltwirtschaft. Nach Jahren der Inflation sind die Notenbanken, namentlich die europäische und auch die amerikanische Zentralbank, zudem vorsichtiger geworden und halten ihren weiteren geldpolitischen Kurs offen. Das bedeutet Unsicherheit für die Wirtschaftsobjekte – und birgt Risiken für Prognosen. Die momentane Zinspause hilft zunächst. Beispielsweise eine Eskalation im Nahostkonflikt mit kräftig steigenden Ölpreisen - wie in der Vergangenheit wiederholt vorgekommen - könnte aber die Industrieländer unter doppelten Druck bringen. In der HWWI-Prognose von September wurde eine Politik zur Verbesserung der Wachstums- und Standortbedingungen hierzulande noch als Chance für eine günstigere Entwicklung als damals prognostiziert benannt. Die Haushaltskrise dürfte nun aber das Gegenteil bewirken.

Reform der Schuldenbremse?

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat eine erneute Diskussion über die Sinnhaftigkeit und eine mögliche Reform der Schuldenbremse ausgelöst. Die aktuelle Regel erlaubt unter „normalen“ Bedingungen eine Schuldenneuaufnahme in der Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, einer mehr oder weniger willkürlich ausgewählten Größe. Eine Neuverschuldung in genau diesem Ausmaß kann sowohl zu einem Rückgang der Verschuldungsquote als auch zu einem Anstieg derselben führen; dies hängt vom realisierten Wirtschaftswachstum ab. Insofern ist die aktuelle Konstruktion der Schuldenbremse ein recht unvollkommenes Konstrukt. Als Alternative wird die sog. „Goldene Regel der Finanzpolitik“ (in verschiedenen Varianten) diskutiert, die grundsätzlich fordert, dass eine Erhöhung der öffentlichen Neuverschuldung nur in dem Maße erfolgen darf, wie mit ihr gleichzeitig ein mindestens ebenso großer Anstieg des öffentlichen Netto-Vermögens einhergeht. Somit verhindert die Goldene Regel, dass die aktuelle Generation auf Kosten künftiger Generationen wirtschaftet. Diese theoretisch fundierte Regel wurde allerdings in der Vergangenheit aus dem Grundgesetz gestrichen, da die Abgrenzung konsumptiver und investiver Staatsausgaben in der Praxis viel Interpretationsspielraum ließ und die Regel somit kaum eine wirksame Begrenzung der Staatsschulden darstellte. Hier stehen sich im Kern also eine theoretisch fundierte aber unpraktikable und eine willkürliche aber durchführbare Regel gegenüber.

Mindestens ebenso umstritten ist, unter welchen Bedingungen die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt werden können soll. Derzeit ist hierzu die Feststellung und Begründung einer außergewöhnlichen Notsituation notwendig, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigt. In diesem Fall soll es dem Staat ermöglicht werden, die Handlungsfähigkeit des Bundes zu erhalten. Während eine solche Situation bei Naturkatastrophen, Pandemien oder im Kriegsfall weitgehend unstrittig sein dürfte wird auch diskutiert, ob nicht auch die Klimakrise oder das Urteil des Bundesverfassungsgerichts selbst bzw. die sich daraus ergebenden Haushaltslücken eine solche Ausnahmesituation darstellen könnten. Hier zeigt sich, wie dringend eine sinnvolle und wirksame Schuldenbremse letzten Endes ist. So war die Klimakrise genauso vorhersehbar wie die sich kontinuierlich aufbauende Demographiekrise, die ohne weitgehende Reformen des Rentensystems zu einem Zusammenbruch desselben führen wird. Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist eben keine unbeeinflussbare und unvorhersehbare Notsituation, sondern die Folge wenig vorausschauender Wirtschaftspolitik.

In Anbetracht der Tatsache, dass es derzeit kaum eine Mehrheit für irgendeine Reform des Grundgesetzes geben dürfte, werden die derzeitigen Ausgabenprogramme intensiv hinterfragt werden müssen. Dies wäre eine Gelegenheit, die verfehlten und sehr hohen Ausgaben für einzelne Unternehmensansiedlungen genauso zu hinterfragen wie die hohen Ausgaben für Strom- und Energiepreisbremsen, die zudem die nötigen Anpassungseffekte der Wirtschaft und der Haushalte an die sich ändernden Bedingungen weiter verzögern.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2021 und 2022 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts.

Tabelle 1. Eckdaten der Prognose

	2021	2022	2023	2024	2025
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,2	1,8	-0,3	0,5	1,0
Private Konsumausgaben	1,5	3,9	-0,9	1,1	1,2
Konsumausgaben des Staates	3,1	1,6	-2,1	0,0	0,5
Anlageinvestitionen	-0,2	0,1	0,2	-0,4	1,7
Ausrüstungen	2,8	4,0	3,6	0,5	2,7
Bauten	-2,6	-1,8	-1,5	-1,6	0,5
Sonstige Anlagen	2,1	-0,7	-0,8	0,9	2,8
Inlandsnachfrage	2,5	3,2	-0,8	0,5	1,0
Ausfuhr	9,7	3,3	-1,7	1,0	2,9
Einfuhr	8,9	6,6	-2,8	1,3	2,9
Erwerbstätige	0,2	1,4	0,7	0,1	0,3
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,61	2,42	2,59	2,64	2,42
Arbeitslosenquote (in %) ²	5,5	5,1	5,4	5,4	5,0
Verbraucherpreise	3,1	6,9	6,0	2,7	2,3
Finanzierungssaldo des Staates	-3,6	-2,5	-2,2	-1,2	-1,1
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP) ³	7,7	4,4	6,6	6,7	6,7

¹ Preisbereinigt

² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2021	2022	2023	2024	2025
Erwerbstätige (Inland)	0,2	1,4	0,7	0,1	0,3
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	2,4	0,1	0,5	0,3	0,2
Arbeitstage	0,1	-0,2	-0,8	-0,3	-0,3
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	2,6	1,3	0,5	0,1	0,3
Produktivität	0,6	0,5	-0,8	0,3	0,8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	3,2	1,8	-0,3	0,5	1,0

Table 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2582,3	2830,2	2960,4	3072,1	3173,0
Private Haushalte einschl. OoE	1785,5	1979,3	2082,1	2169,2	2245,0
Staat	796,8	850,9	878,3	903,0	928,0
Anlageinvestitionen	770,5	856,2	911,9	923,2	954,9
Ausrüstungen	227,5	253,4	277,5	285,0	297,5
Bauten	406,5	463,5	491,7	491,4	503,3
Sonstige Anlagen	136,5	139,3	142,6	146,9	154,1
Vorratsveränderungen	69,4	114,1	57,0	73,4	83,0
Inlandsnachfrage	3422,2	3800,5	3929,3	4068,7	4210,9
Außenbeitrag	195,3	76,3	173,7	193,8	202,4
Ausfuhr	1710,3	1974,2	1954,8	2003,0	2096,5
Einfuhr	1515,0	1897,9	1781,1	1809,2	1894,0
Bruttoinlandsprodukt	3617,5	3876,8	4103,0	4262,5	4413,3
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	5,0	9,6	4,6	3,8	3,3
Private Haushalte einschl. OoE	4,5	10,9	5,2	4,2	3,5
Staat	6,3	6,8	3,2	2,8	2,8
Anlageinvestitionen	5,1	11,1	6,5	1,2	3,4
Ausrüstungen	4,8	11,4	9,5	2,7	4,4
Bauten	5,7	14,0	6,1	-0,1	2,4
Sonstige Anlagen	3,8	2,1	2,4	3,0	4,9
Inlandsnachfrage	6,7	11,1	3,4	3,5	3,5
Ausfuhr	15,6	15,4	-1,0	2,5	4,7
Einfuhr	18,2	25,3	-6,2	1,6	4,7
Bruttoinlandsprodukt	6,3	7,2	5,8	3,9	3,5

Table 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Konsumausgaben	2342,7	2417,4	2386,0	2404,6	2428,7
Private Haushalte einschl. OoE	1640,8	1705,1	1689,0	1707,9	1728,5
Staat	700,2	711,2	696,0	695,8	699,3
Anlageinvestitionen	660,9	661,7	663,1	660,5	671,8
Ausrüstungen	214,0	222,5	230,4	231,7	237,9
Bauten	320,3	314,6	309,7	304,7	306,3
Sonstige Anlagen	125,6	124,7	123,7	124,8	128,3
Inlandsnachfrage	3030,4	3127,1	3101,1	3118,1	3148,1
Ausfuhr	1588,0	1640,6	1612,2	1628,7	1675,8
Einfuhr	1404,5	1497,7	1456,3	1475,1	1518,2
Bruttoinlandsprodukt	3216,8	3274,9	3263,4	3278,3	3312,3
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Konsumausgaben	2,0	3,2	-1,3	0,8	1,0
Private Haushalte einschl. OoE	1,5	3,9	-0,9	1,1	1,2
Staat	3,1	1,6	-2,1	0,0	0,5
Anlageinvestitionen	-0,2	0,1	0,2	-0,4	1,7
Ausrüstungen	2,8	4,0	3,6	0,5	2,7
Bauten	-2,6	-1,8	-1,5	-1,6	0,5
Sonstige Anlagen	2,1	-0,7	-0,8	0,9	2,8
Inlandsnachfrage	2,5	3,2	-0,8	0,5	1,0
Ausfuhr	9,7	3,3	-1,7	1,0	2,9
Einfuhr	8,9	6,6	-2,8	1,3	2,9
Bruttoinlandsprodukt	3,2	1,8	-0,3	0,5	1,0

Table 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2021	2022	2023	2024	2025
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	3,0	6,7	6,2	3,0	2,3
Konsumausgaben Staat	3,1	5,1	5,5	2,8	2,3
Anlageinvestitionen	5,3	11,0	6,3	1,6	1,7
Ausrüstungen	1,9	7,1	5,8	2,1	1,7
Bauten	8,5	16,1	7,8	1,6	1,9
Sonstige Anlagen	1,7	2,9	3,2	2,1	2,0
Ausfuhr	5,4	11,7	0,8	1,4	1,7
Einfuhr	8,5	17,5	-3,5	0,3	1,7
Bruttoinlandsprodukt	3,0	5,3	6,2	3,4	2,5

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2471,5	2636,5	2775,6	2886,5	2984,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	347,0	361,8	381,4	398,2	411,4
Bruttolöhne und -gehälter	1571,3	1661,8	1777,3	1855,5	1917,1
Übrige Primäreinkommen	553,3	612,9	616,9	632,8	656,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	581,7	602,3	642,2	648,1	668,0
Nettonationaleinkommen	3053,2	3238,8	3417,8	3534,6	3652,9
Abschreibungen	703,6	788,8	847,2	884,2	919,6
Bruttonationaleinkommen	3756,8	4027,6	4265,0	4418,9	4572,5
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	2769,3	2890,9	3070,2	3177,1	3285,4
Arbeitnehmerentgelt	1918,3	2023,6	2158,7	2253,7	2328,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	851,0	867,4	911,5	923,4	956,9
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,5	6,7	5,3	4,0	3,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,6	4,3	5,4	4,4	3,3
Bruttolöhne und -gehälter	3,7	5,8	7,0	4,4	3,3
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitn. (Inl.)	3,3	4,1	6,2	4,4	3,1
Übrige Primäreinkommen	3,6	10,8	0,6	2,6	3,7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	28,5	3,5	6,6	0,9	3,1
Nettonationaleinkommen	7,5	6,1	5,5	3,4	3,3
Abschreibungen	6,5	12,1	7,4	4,4	4,0
Bruttonationaleinkommen	7,3	7,2	5,9	3,6	3,5
<i>nachrichtlich:</i>					
Volkseinkommen	7,9	4,4	6,2	3,5	3,4
Arbeitnehmerentgelt	3,5	5,5	6,7	4,4	3,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	19,5	1,9	5,1	1,3	3,6

Table 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Masseneinkommen	1597,0	1660,6	1785,3	1856,9	1934,3
Nettolöhne und -gehälter	1062,9	1118,8	1207,5	1251,3	1311,8
Monetäre Sozialleistungen ¹	677,1	688,6	729,3	759,7	781,5
verbrauchsnahe Steuern	143,0	146,8	151,6	154,1	159,1
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	553,3	612,9	616,9	632,8	656,4
Sonstige Transfers (Saldo)	-114,7	-109,1	-110,1	-104,1	-117,1
Verfügbares Einkommen	2035,6	2164,5	2292,1	2385,6	2473,6
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	63,0	63,0	63,6	65,1	66,8
Konsumausgaben	1785,5	1979,3	2082,1	2169,2	2245,0
Sparen	313,0	248,2	273,5	281,6	295,4
Sparquote	14,9	11,1	11,6	11,5	11,6
<i>b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr</i>					
Masseneinkommen	3,4	4,0	7,5	4,0	4,2
Nettolöhne und -gehälter	4,1	5,3	7,9	3,6	4,8
Monetäre Sozialleistungen ¹	2,0	1,7	5,9	4,2	2,9
verbrauchsnahe Steuern	2,3	2,6	3,2	1,6	3,2
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	3,6	10,8	0,6	2,6	3,7
Verfügbares Einkommen	2,4	6,3	5,9	4,1	3,7
Konsumausgaben	4,5	10,9	5,2	4,2	3,5
Sparen	-7,5	-20,7	10,2	3,0	4,9

¹ abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Table 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2021	2022	2023	2024	2025
<i>a) Mrd.Euro</i>					
Einnahmen					
Steuern	879,2	946,6	970,1	1023,9	1032,6
Sozialbeiträge	632,1	666,8	711,6	748,5	770,0
Vermögenseinkommen	14,5	17,6	23,5	24,4	25,3
Sonst. lfd. Übertragungen	29,9	28,0	29,1	30,5	30,6
Vermögenstransfers	19,5	18,8	18,8	19,3	19,8
Verkäufe	137,4	143,2	152,4	156,2	159,3
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1712,9	1821,2	1905,7	2003,1	2037,9
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	226,6	238,4	251,0	260,4	260,4
Arbeitnehmerentgelt	295,4	307,9	321,9	335,1	343,5
Sonst. Produktionsabgaben	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	21,1	26,5	34,1	42,3	45,7
Subventionen	109,2	70,0	83,8	71,3	63,3
Monetäre Sozialleistungen	609,8	619,1	656,9	684,0	703,6
Soziale Sachleistungen	331,3	354,9	359,7	370,9	378,4
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	91,9	111,4	106,4	104,4	100,4
Vermögenstransfers	65,7	89,7	77,2	73,6	74,4
Bruttoinvestitionen	92,5	100,9	106,7	112,2	117,1
Nettozugang nichtprod. Vermögensgüter	-1,3	-1,0	-0,9	-1,3	-1,5
Ausgaben insgesamt	1842,6	1918,1	1997,0	2053,3	2085,6
Finanzierungssaldo	-129,7	-96,9	-91,3	-50,2	-47,7
<i>b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr</i>					
Einnahmen					
Steuern	13,7	7,7	2,5	5,5	0,8
Sozialbeiträge	3,9	5,5	6,7	5,2	2,9
Vermögenseinkommen	-27,1	21,6	33,4	3,8	3,7
Sonst. lfd. Übertragungen	24,5	-6,4	3,8	4,9	0,1
Vermögenstransfers	26,1	-3,7	0,1	2,7	2,6
Verkäufe	6,3	4,2	6,4	2,5	2,0
Einnahmen insgesamt	9,1	6,3	4,6	5,1	1,7
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	7,2	5,2	5,3	3,7	0,0
Arbeitnehmerentgelt	3,6	4,3	4,5	4,1	2,5
Sonst. Produktionsabgaben	-11,0	-34,9	12,4	22,6	0,0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	-3,1	25,8	28,5	24,2	8,0
Subventionen	54,1	-35,9	19,8	-15,0	-11,1
Monetäre Sozialleistungen	1,8	1,5	6,1	4,1	2,9
Soziale Sachleistungen	8,5	7,1	1,3	3,1	2,0
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	9,1	21,3	-4,5	-1,9	-3,8
Vermögenstransfers	38,1	36,6	-14,0	-4,7	1,1
Bruttoinvestitionen	-0,5	9,0	5,8	5,2	4,3
Ausgaben insgesamt	7,3	4,1	4,1	2,8	1,6
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-3,6	-2,5	-2,2	-1,2	-1,1